

Gute Regeln für den digitalen Kulturkapitalismus

Freiheit und Verantwortung der digitalen Monopole herstellen



Helga Trüpel, MdEP, ist Vizepräsidentin des Kulturausschusses des Europäischen Parlaments, Fraktion Die Grünen/EFA, Brüssel/Straßburg

Helga Trüpel

Am 12. September 2018 hat das Europäische Parlament in Straßburg über die Urheberrechtsreform abgestimmt. Der Streit darum hatte auf Seiten der Netzgemeinde beinahe hysterische Züge angenommen. Es wurde und wird immer noch behauptet, die Freiheit des Netzes sei durch eine allgemeine Zensurmaschine, sprich Upload-Filter, und durch Steuern auf nichtkommerzielle Verlinkungen, im Netz-Jargon »Linktax«, in Gefahr. In der Beschwörung solcher Bedrohungsszenarien liegt eine kalkulierte Übertreibung, die mit der Angst der User spielt. Dabei ändert sich für User nichts, nur dass die digitalen Monopolisten auf die faire Bezahlung von Kreativen verpflichtet werden und die User Rechtssicherheit erhalten, weil die Plattformen verantwortlich gemacht werden, wenn sie de facto Inhaltenanbieter sind.

Ein neoliberaler Freiheitsbegriff, wie ihn die digitalen Monopole – also Google, Apple, Facebook und Amazon (GAFA) – oder auch der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (Bitkom) propa-

gieren, steht einem verantwortlichen Freiheitsbegriff der Künstlerinnen und Künstler, ihrer Verbände, der DJU und der Zeitungsverleger entgegen. Der Freiheitsbegriff des links-progressiven Lagers ist in sich widersprüchlich: Einerseits soll in der Handels- und Wirtschaftspolitik gegen den neoliberalen Widerstand eine Politik durchgesetzt werden, die den Freiheiten eines entfesselten Marktes einen starken regulativen Rahmen für soziale und ökologische Standards entgegensetzt, was zu begrüßen ist. Andererseits dominiert im gleichen politischen Lager eine netzpolitische Debatte, die einem Freiheitsfundamentalismus folgt und so unter dem Primat des freien Internets auch die Internetgiganten vor stärkerer Regulierung schützt.

Wir müssen also unseren Freiheitsbegriff im digitalen Raum in Teilen überdenken. Freiheit und Internet, das ist heute mehr denn je ein höchst ambivalentes Thema: Internetgiganten profitieren von einem außergewöhnlich freien und dynamischen Markt, ihre Geschäftsmodelle und -praktiken stellen

jedoch genau diese Freiheit des digitalen Raumes fundamental in Frage.

Der Freiheitsbegriff, den Google und Facebook, aber auch Nichtregierungsorganisationen wie »La Quadrature du Net« und »European Digital Rights« (EDRI) propagieren, warnt vor staatlicher Regulierung und einer übermäßigen Kontrolle des Internets. Stets steht die Gefahr einer Zensur im Raum.

Dieses Freiheitsverständnis gipfelte nun in der Forderung, die im Europäischen Parlament verhandelte Urheberrechtsreform des Berichterstatters Axel Voss (CDU) nach dem Trilog mit dem Rat und der EU-Kommission zu Fall zu bringen.

Am 23. Oktober 2018 hat die Youtube-Chefin dann ihre Maske fallen lassen und gedroht, Google müsste Inhalte von kleinen Anbietern sperren, wenn diese Urheberrechtsreform durchkäme, und hat die europäischen BürgerInnen zum Widerstand gegen das Gesetz aufgerufen. Das ist knallharte Erpressungspolitik von einem US-amerikanischen Konzern. Ich finde diesen Vorgang

ungeheuerlich und hoffe, dass europäische BürgerInnen und Regierungen sich nicht von Google und Co in die Schranken weisen lassen, sondern sich für eine wohlverstandene Regulierung des digitalen Kapitalismus einsetzen. Längst ist nach den Datenskandalen von Facebook die Zeit gekommen, GAFA zu regulieren.

Denn die anarchistische Freiheit der digitalen Monopole hat ihren Preis. Den Bürgern wird weitestgehend die Möglichkeit verwehrt nachzuvollziehen, nach welchen Kriterien ihnen Suchergebnisse, Nachrichten oder Produkte im Internet angeboten oder auf welcher Basis ihre Kreditwürdigkeit und Versicherungsraten kalkuliert werden. Die Gesellschaft bleibt unmündig, da unter dem Deckmantel von Geschäftsgeheimnissen und Überkomplexität die zugrundeliegenden Mechanismen und ihre Funktionsweisen, beispielsweise die von Algorithmen, als Black Boxes gehütet werden. Außerhalb der Konzerne kann sie niemand einsehen.

Die Datenmonopole und die Vorzugsbehandlung der eigenen Dienste von Facebook, Amazon und Google innerhalb von sogenannten »Walled Gardens« (eingezäunten Gärten) erschweren potentiellen Wettbewerbern den Marktein-

tritt. Es deutet sich die Frage an, wann diese Dienste die Schwelle hin zu einem öffentlichen Versorgungsunternehmen überschreiten. Die Plattformbetreiber verwerten von Usern hochgeladene urheberrechtlich geschützte Inhalte ohne eine angemessene Bezahlung der Urheber. Diese Lücke soll nun die Urheberrechtsreform schließen. Es geht um Fairness der Vergütung, nicht um Zensur. Denn wenn Inhalte lizenziert werden, müssen keine Filter eingesetzt werden. Als weitere Herausforderungen stellen sich die faire Besteuerung von global agierenden digitalen Großkonzernen und die Durchsetzung von sozialen Arbeitsstandards in der Internetökonomie.

Progressive Politik sollte diesen Problemen mit der notwendigen Kraft für gesellschaftliche Erneuerung und politischer Aufklärung begegnen. Wir sollten den Internetmonopolen nicht die Spielregeln überlassen, sondern aus europäischem Selbstbewusstsein heraus eine kluge Ordnungspolitik anstreben, die einen regulativen Rahmen für die größtmögliche Ausübung unserer Grundrechte und bürgerlichen Freiheiten im Internet setzt. Dass wir das können, zeigt uns EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager, die mit ihrem proaktiven Vorgehen gegen Apple, Google und Co

in den Vereinigten Staaten mittlerweile als Vorreiterin einer progressiven Wettbewerbspolitik gefeiert wird.

Erste Ideen für neue Strukturen und Instrumente sind in Sicht: Im Mai 2018 ist mit der »Algorithmic Awareness Building Initiative« ein von Mitgliedern des Europäischen Parlaments initiiertes Pilotprojekt gestartet, das die Auskunftsrechte für Bürger in puncto Algorithmen gegenüber Unternehmen stärken soll.

Neue Steuermodelle für digitale Unternehmen, die Geschäfte in Europa machen, sind bei der Kommission in Ausarbeitung. In der Diskussion stehen außerdem eine Öffnung der Datenberge der Internetmonopole für Mitbewerber und die Schaffung einer Digitalagentur für die EU, die eine effizientere Marktaufsicht in der digitalen Ökonomie gewährleisten kann.

Ich streite seit Jahren für diese Urheberrechtsreform, denn wir dürfen in dieser Debatte nicht jenem Freiheitsbegriff auf den Leim gehen, den uns GAFA verkaufen. Wir sollten ein Konzept vertreten, das ein offenes Netz, aber zugleich eine faire Bezahlung für Künstlerinnen und Künstler sowie ein rechtsstaatliches Vorgehen gegen Fake News und Hassrede vorsieht. ■

Kulturelle Parallelgesellschaften

»Es gibt das Risiko, dass die neue Mittelklasse, die alte Mittelklasse und die neue Unterklasse selbst wie Parallelgesellschaften nebeneinander existieren, weil es wenig gemeinsamen Erfahrungs- und Diskursraum mehr gibt. Aber man kann das Rad nicht zurückdrehen, in die kulturell homogenen, staatlich regulierten Gesellschaften der industriellen Moderne – das ist ein populistischer Mythos. Dass in der Gesellschaft der Singularitäten immer mehr Besonderheiten, Außergewöhnlichkeiten, kulturelle Partikularismen florieren, wird auch in Zukunft so sein. Aber die Politik sollte hier stärker regulierend eingreifen. Während die Populisten den Liberalismus abschaffen wollen, geht es eigentlich um dessen Reform: von einer auf Differenzen und Öffnung setzenden Variante zu einer stärkeren Regulierung des Sozialen und Kulturellen. Letztlich geht es darum, das Allgemeine gegenüber dem Besonderen neu auszutarieren.«

Aus: Andreas Reckwitz, *Wir Einzigartigen. Warum sich heute alles um Kultur dreht: Ein Gespräch mit dem Soziologen Andreas Reckwitz über die neue Klassengesellschaft und den Wettbewerb in der Spätmoderne*; Interview: Alexander Cammann (<http://www.zeit.de/2017/41/mitelschicht-kultur-individualisierung-andreas-reckwitz>)